An die Bezirksvertretung Mitte zur Sitzung am 19.10.2023

Mitteilung

Zum Antrag mit der Drucksache 6844/2020-2025 übersendet das Amt für Verkehr folgende Stellungnahme:

Am 30.08.2023 ging eine Beschwerde ein, dass auf dem Parkplatz in der Teichstraße 32 Tische, Stühle, etc. aufgestellt sind.

Daraufhin wurde die Eigentümerin vom Amt für Verkehr am 31.08.2023 angeschrieben. In dem Schreiben wurde erklärt, dass das Aufstellen von Tischen, Stühlen, Blumentöpfe, Teppichen, Felgen, etc. auf einer öffentlichen Verkehrsfläche den Gemeingebrauch überschreitet und die Benutzung der Straße über den Gemeingebrauch hinaus eine Sondernutzung gem. § 18 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) darstellt.

Da der Eigentümerin eine derartige Sondernutzungserlaubnis bisher nicht erteilt wurde, liegt ein Verstoß gegen § 18 Abs. 1 in Verbindung mit § 59 Abs. 1 Ziff. 1 StrWG in der zurzeit geltenden Fassung vor.

Dieser Verstoß stellt eine Ordnungswidrigkeit im Sinne des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OwiG) in der zurzeit gültigen Fassung dar, welcher mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

Folglich wurde die Eigentümerin mit dem Schreiben des Amtes für Verkehr vom 31.08.2023 zum unverzüglichen Entfernen der Gegenstände aufgefordert.

Auf dieses Schreiben hatte sich die Eigentümerin am 09.09.2023 per E-Mail beim Amt für Verkehr gemeldet und erklärt, dass es sich in ihrem Fall nicht um eine Sondernutzung handelt, sondern um eine Kunstinstallation. Zudem hätte sie diesbezüglich bereits einen Bürgerantrag gestellt.

Am 12.09.2023 wurde der Eigentümerin vom Amt für Verkehr geantwortet, dass auch eine Kunstinstallation eine Sondernutzung darstellt und eine Antragsstellung noch keine Genehmigung sei, sodass sie die Gegenstände umgehend von der öffentlichen Verkehrsfläche zu entfernen hat.

Der Beschwerende vom 30.08.2023 meldete sich am 10.10.2023 erneut, da die Gegenstände immer noch nicht entfernt wurden. Daraufhin wurde die Eigentümerin erneut per E-Mail kontaktiert und ihr nochmals der Sachverhalt erklärt.

Am 12.10.2023 hat sich die Eigentümerin per E-Mail gemeldet und erklärt, dass sie das nicht als Sondernutzung sehe und erst einmal die Entscheidung der Bezirksvertretung Mitte abwarten wird. Daraufhin wurde die Eigentümerin noch einmal vom Amt für Verkehr angerufen und ihr nochmals telefonisch erklärt, dass es sich in ihrem Fall um eine unerlaubte Sondernutzung handelt, welche eine Ordnungswidrigkeit darstellt und folglich mit einem Bußgeld geahndet werden kann. Dies hat sie so hingenommen und wird dennoch erst nach der Entscheidung der Bezirksvertretung Mitte tätig werden.

i.A.

Lewald